



M. DARCHINGER

Euro-Politiker Waigel, Kohl: „Wir müssen es machen, sonst macht es keiner mehr“

REGIERUNG

# Vom Euro gejagt

Verschieben heißt verhindern – trotz aller Bedenken der Ökonomen halten Helmut Kohl und Theo Waigel am Terminplan zur Einführung der Währungsunion fest.

Mit dem Drei-Prozent-Kriterium allerdings nimmt es der Kanzler nicht mehr so genau.

**A**lle reden vom Euro – aber die meisten in den Bonner Regierungsparteien sagen nicht laut, was fast schon alle denken. Nur wenige sprechen offen aus, daß sie den Euro lieber verhindern würden.

Die meisten fürchten den Zorn des Kanzlers: Helmut Kohl hat ja seine „politische Existenz“ mit dem planmäßigen Beginn der Europäischen Währungsunion am 1. Januar 1999 verknüpft.

Still, aber stur widersetzt sich der oberste Wächter der Mark dem Euro-Fahrplan des Kanzlers. Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer sondierte hinter den Bonner Kulissen die Chancen, den Termin doch noch zu kippen. „Wir müssen“, mahnte er in Bankerkreisen, „einen Plan vorbereiten für eine geordnete Euro-Verschiebung.“

Seine Sorge: Die neue Währung werde weich und labil, weil ein allzu großer Teil-

nehmerkreis nicht für Gelddisziplin und nachhaltige Stabilität sorgen könne und wolle. Auch dem CDU/CSU-Fraktionschef Wolfgang Schäuble trug der Bundesbanker seine Bedenken am Telefon vor; mit Bundesfinanzminister Theo Waigel erörterte er seine Sorgen im persönlichen Gespräch. „Aus allen möglichen Lagern“ würden Verschiebungsdiskussionen angestoßen, klagte Waigel vorigen Dienstag bei der Berliner Sitzung der Unionsfraktionen ärgerlich, „auch aus Frankfurter Hochhausetagen“.

Natürlich mußte der Bundesbankchef offiziell dementieren, solches im Sinn gehabt zu haben. Dazu verpflichtet ihn seine Position, zwingt ihn die Rücksichtnahme auf mögliche Währungsturbulenzen. Ohnehin steht die Bundesbank bei den europäischen Partnern im Ruf eines fiskalpolitischen Schulmeisters. Einen „Hohen-

priester“ der neuen Religion ökonomischer Zwänge nennt der französische Soziologe Pierre Bourdieu den Deutschen.

In den vertraulichen Vorstößen machte der beharrliche Westfale Tietmeyer konkrete Vorschläge zur Kooperation mit den Partnern: Man könne gemeinsam mit Frankreich die Euro-Verschiebung auf den Weg bringen, lautete die eine Empfehlung an die Bundesregierung. Und die andere: Man solle die stabilitätsbewußten Niederländer dafür gewinnen, den Aufschub öffentlich zu propagieren.

Bei Waigel holte sich Tietmeyer ein Nein. Er solle sich gut überlegen, welchen Weg er gehen wolle, warnte der Finanzminister den Zentralbankchef. Denn er laufe Gefahr, am Ende in ganz Europa als Verhinderer des Euro geschmäht zu werden.

Doch auch Waigel treiben längst Euro-Ängste um. Vor allem die Loyalität zu sei-

nem Kanzler hält ihn offenbar auf Linie. Denn Kohl will auf Biegen und Brechen sein Lebenswerk krönen: nach der deutschen Einheit die Einheitswährung in Europa. Warnungen werden nur noch entgegengenommen. Versprechungen von gestern – „Stabilität vor Zeitplan“ – sind vergessen: Ob hart, ob weich – pünktlich soll der Euro kommen.

Ökonomisches Denken ist für den Kanzler zweitrangig. Er lebt in historischen Kategorien, die Währungseinheit soll die politische Einheit Europas herbeizwingen: „Wer einmal verschiebt“, so Kohl, „verschiebt möglicherweise auf immer.“ Da ist er sich mit seinem sozialdemokratischen Vorgänger Helmut Schmidt einig: „Aufgeschoben ist aufgehoben.“

Zuspruch vom dozierenden Weltökonom Schmidt kann Kohl gut brauchen. Die Reihen der altgedienten Euro-Kämpfer um ihn herum lichten sich: François Mitterrand ist tot, der Niederländer Rud Lubbers und der Spanier Felipe González sind nicht mehr im Amt. Der Pfälzer scheint sich als letzter Überlebender einer vom großen europäischen Gedanken beseelten Politiker-Generation zu fühlen. „Wir müssen es machen“, hatten sich Kohl und Mitterrand einst versprochen, „sonst macht es keiner mehr.“

Kohls Einfluß aber wird geringer im Kreise der frisch gewählten EU-Regenten. Tony Blair, José Mariá Aznar und Lionel Jospin geben nun den neuen Ton an. Doch den Wertewandel und die veränderten politischen Ziele bei den Partnern nimmt in Bonn kaum einer wirklich wahr.

Ausdrücklich gegen den deutschen Stabilitätskult hatten die französischen Sozialisten ihren Wahlkampf geführt und gewonnen. Staatliche Beschäftigungsprogramme, Anhebung von Mindestlöhnen, politische Kontrolle der Zentralbank – das Programm des Pariser Regierungschefs Jospin ist mit der konservativ-liberalen Konzeption einer europäischen Währung nach D-Mark-Vorbild kaum zu vereinbaren.

Die Bonner wollen das Problem nicht sehen: Das neue Profil der Franzosen werde sich schon bald abschleifen, beruhigte Unionsfraktionschef Schäuble die Furchtsamen in den eigenen Reihen (siehe SPIEGEL-Gespräch Seite 27). Denn „die allermeisten in Europa stehen auf unserer Seite“.

Wenn das mal nicht täuscht. Tatsächlich kämpft die Kohl-Koalition im Streit um größere beschäftigungspolitische Kompetenzen der EU allein gegen den Rest Europas. Der Druck wächst. Gegen das Euro-Stabilitätsmodell, made in Germany, steht plötzlich ein europäisches Sozialmodell – bei 18 Millionen Arbeitslosen nicht ganz abwegig. Europa, so die linksliberale französische Zeitung LIBÉRATION, sei schließlich „keine sadomasochistische Übung“.

Der niederländische Ministerpräsident Wim Kok, Briten-Premier Blair und der

EU-Kommissionschef Jacques Santer reisten vergangene Woche hektisch nach Bonn und Paris und versuchten, knapp vor dem EU-Gipfeltreffen diesen Montag in Amsterdam neuen Grund für Europa zu finden. Stabil sieht der nicht aus. Laut und deftig fluchte Waigel, als ihm die deutsche Übersetzung des französischen Kompromißvorschlags für eine Gipfel-Deklaration am Donnerstagabend in die Fraktionsitzung gebracht wurde.

„Schwer verärgert“, sagt ein Bonner Minister, sei auch Kohl über seinen „Freund Jacques“ Chirac, der ihm durch unzeitige Neuwahlen die sozialistische Regierung in Paris beschert hat. Beim deutsch-französischen Treffen vergangenen Freitag in Poitiers ließ der französische Präsident ungewohnt soziale Töne anklängen. Das künftige Europa müsse „mehr auf die kleinen Leute“ Rücksicht nehmen, so Chirac zum

Kanzler, und dürfe nicht so „monetaristisch und technokratisch“ wie bisher sein.

Mit grimmiger Miene, weil er alles zweimal erklären mußte, belehrte Kohl erst Chirac und anschließend dessen Premier Jospin, daß er für eine Beschäftigungsinitiative der EU Brüssel weder mehr Kompetenzen noch eine zusätzliche Mark einräumen werde.

Die neuen Sorgen mit den Sozialisten in Paris kommen zu den alten Streitfragen der Europäischen Union. „Mehr als ein Dutzend schwieriger Probleme sind ungelöst“, mußte AA-Staatsminister Werner Hoyer, des Kanzlers Unterhändler für die EU-Regierungskonferenz, Ende voriger Woche an Kohl melden. Wie groß soll künftig die Europäische Kommission sein? Wie kann das Stimmengewicht der großen und der kleinen EU-Staaten in den Brüsseler Räten neu justiert werden? Was soll mit

Mehrheit, was im Konsens entschieden werden? Die kritischen Machtfragen waren auch nach 15monatiger Vorbereitung ungeklärt. Alle Anläufe zu mehr Demokratie, Effizienz und Durchschaubarkeit der Gemeinschaft blieben im Gerangel nationaler Interessen stecken.

Der einstige Motor Europas, Deutschland, wird dabei zunehmend zur Bremse. Dem Wunsch aus Paris, den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit gemeinsam und energischer zu führen, stemmt Bonn „drei No“ entgegen, so Außenminister Klaus Kinkel: Nein zu beschäftigungspolitischen Kompetenzen für die Brüsseler Kommission. Nein zu neuen Finanzprogrammen. Nein zu einem zusätzlichen Konvergenzkriterium „Vollbeschäftigung“. Mehr als ein rhetorischer Kompromiß ist da auf die Schnelle nicht zu finden.

Wird am Ende des diplomatischen Lavierens also doch nur ein windelweicher Euro herauskommen? „Keineswegs“, glaubt Peter Bo-

## Langer Anlauf

Chronik der Europäischen Währungsunion

**1987** Der freizügige EG-Binnenmarkt wird angekündigt, das Ziel Währungsunion vertraglich festgeschrieben.

**1991** Im niederländischen Maastricht einigen sich die Teilnehmerstaaten auf einen Stufenplan zur Einführung der gemeinsamen Währung. Ein Katalog strenger Konvergenzkriterien soll die EG-Länder zu solider Haushaltsführung verpflichten und zu wirtschaftlicher Stabilität führen.

**1992** Unterzeichnung des Maastrichter Vertrages: Bis spätestens 1999 soll die Wirtschafts- und Währungsunion entstehen.

Die Volksabstimmung in Frankreich erbringt eine knappe Mehrheit für die Währungsunion.

**1993** Der europäische Binnenmarkt tritt in Kraft und erlaubt freien Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr innerhalb der Gemeinschaft. Umbenennung der EG in Europäische Union (EU).

Das europäische Währungssystem EWS kann nach Devisenspekulationen nur dadurch gerettet werden, daß die Schwankungsbreite der Währungen drastisch erhöht wird.

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe weist eine Klage gegen den Vertrag von Maastricht zurück.

**1994** Als Vorläufer der Europäischen Zentralbank wird das Europäische Währungsinstitut (EWI), Sitz in Frankfurt, gegründet.

**1995** Mit Österreich, Schweden und Finnland wächst die EU auf 15 Mitgliedstaaten. Die gemeinsame Währung bekommt den Namen „Euro“.

**1997** Präsentation der Euro-Banknoten.



DER SPIEGEL

# Oberste Banker – ratlos

RUDOLF AUGSTEIN

Der französische Staatspräsident Jacques Chirac hat entweder Galgenhumor, oder er hat sich einen verzweifelten Scherz erlaubt: Frankreich verdanke es ihm, daß es jetzt mit einer Stimme sprechen könne. Da das seine Stimme wäre, könnte die Nationalversammlung einpacken, da er die Mehrheit, wie jetzt geschehen, schon zu überreden wisse.

Der Wirklichkeit entspricht das nicht ganz. „Es wird ernst“, meint die FRANKFURTER ALLGEMEINE, das „Kräftemessen“ zwischen Frankreich und Deutschland um die künftige Währungsordnung habe begonnen. Kein Zweifel, Lionel Jospin bereitet sich auf eine gründliche Umorientierung in Wirtschaftsfragen vor. Er wird sich Zeit nehmen, sein Ziel aber, die Mehrbeschäftigung, mit sehr anderen Mitteln zu erreichen suchen als die jetzige Bundesregierung in Bonn.

Bonn lehnt den von Jospin gewünschten Beschäftigungspakt weiter ab. Es befindet sich dabei in einer ungünstigen Ausgangslage, weil Bundesfinanzminister Theo Waigel den fehlgeschlagenen Versuch gemacht hat, „Geld drucken zu lassen“. Unter normalen Umständen wäre er in seiner Position nicht mehr zu halten.

Er und Kohl haben, so Winfried Münster in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG, „das Volk mit dem Euro getäuscht: So er kommt, wird er eine politische, also eine weichere Währung sein“. Frankreich und Deutschland sind hier immer verschiedener Meinung gewesen, haben ihre Differenzen aber kosmetisch überdeckt, wie sie das wohl auch in den nächsten Tagen tun werden. Aber auf Dauer sind so grundlegende Meinungsverschiedenheiten nicht zu übertünchen. Wenn Kohl den Hof mit Mühe und Not erreicht, durch neue und andere Tricks, so gilt das gleiche angesichts der jetzigen Linkskoalition für Paris nicht.

Chiracs Regierungschef Alain Juppé hatte Bonn gegenüber die Verpflichtungen einzuhalten versucht, aber ohne große Begeisterung und ohne sonderlichen Erfolg. Sonst säße er noch da, wo jetzt Jospin sitzt.

Man sieht, was auf uns zukommen wird: die Camembert-Währung. Selbst schuld, könnte man sagen. Aber das

wäre nicht ganz gerecht. Die Komma-Kriterien 3,0, an denen die Bonner bis zu den nächsten Bundestagswahlen 1998 wohl notgedrungen festhalten werden, haben ihren Sinn, wenn auch nicht in dieser grotesken Waigel-Ausstattung.

Sie sind einigermaßen willkürlich ge-griffen, könnten also auch 3,2 oder 2,8 lauten. Sie sollten die Stabilität als solche festlegen und absichern. Denn es war ja abzusehen, daß alle Beitritts-willigen ihre Haushalte bis zum Geht-nichtmehr frisieren würden, um nach gelungenem Eintritt wieder in den alten Trott zurückzufallen.

Wenn sogar der einzige wirkliche Fachmann auf deutscher Seite in Maas-tricht, Dr. rer. pol. Horst Köhler (jetzt Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes), eine Verschiebung des Euro in die Debatte wirft, so könnte das auch hochgestellte Euro-Eupho-riker irritieren. Der Euro wäre auch für Deutschland wünschenswert, wenn er nicht ersichtlich von Deutschland be-dient werden müßte, wie Mitterrand uns schon damals gesagt hat. Der Euro ist bislang ein Wunschgebilde, das schwer-lich den angegebenen Zweck erfüllt.

Helmut Schmidt, ehemals praktizie-render Ökonom (5 Prozent Inflation seien ihm lieber als 5 Prozent Arbeits-losigkeit), argumentiert heute mehr psychologisch. Die Punkte seiner Li-sten kann man in dem Satz zusam-menfassen: „Frankreich hat Vorrang.“ In der ZEIT besann er sich vorige Woche wieder auf seine Rolle als Weltstaats-mann. Euro ohne Wenn und Aber, das sei hier und jetzt eine „strategische Notwendigkeit“. So mag man das se-hen, so mag man das ausdrücken. Ge-schichtliche Erfahrungen lehren aber, daß es zweierlei strategische Entschei-dungen gibt. Einige führen zum Ziel, andere erweisen sich als falsch. Hellse-her gibt es in dieser Branche nicht.

Was passiert, wenn Deutschland die Kriterien knapp, Frankreich aber gar nicht erreicht? Dann wird man die Kri-terien so lange hin und her beuteln, bis Frankreich drin ist, und alle anderen Nachzügler werden sich dranhängen.

Was Kohl, man muß sagen, schnö-derweise, versprochen hat, einen har-ten Euro, der ist schon jetzt nicht mehr zu erwarten, sehr zum Entsetzen des

eurofreundlichen Bundesverbandes der Deutschen Industrie. Ob das gegenüber dem Dollar und gegenüber dem Yen die richtige Einstellung wäre, Weich-währung gegen Hartwährung? Die ge-samte Wirtschafts- und Währungsunion hängt vom Vertrauen in den Euro ab, und da richten sich die von Paris oh-nehin beargwöhnten Finanzmärkte nicht nach wohlklingenden Deklara-tionen.

Die obersten Banker, so heißt es im Jahresbericht einer der ältesten Finanz-institutionen, der Bank für Internati-onalen Zahlungsausgleich, verstehen die Abläufe im Wirtschaftsleben nicht mehr. Selbst für deren Sachverstand werden die Geldumläufe immer un-durchsichtiger.

Man kann für den Euro sein oder da-gegen. Bewährt sich die verabredete Einführung, dann um so besser. Be-währt sie sich nicht, so wird man natür-lich neu oder nachverhandeln.

Eines aber sollten wir Deutschen uns zumindest von den eigenen Leuten nicht einreden lassen: Angesichts un-serer Größe müßten wir uns mit einem Status zweiter Klasse begnügen. Wir müssen den Franzosen nicht folgen, wenn sie ihr Lieblingsprojekt, ein poli-tisches Gegengewicht gegen die Eu-roäische Zentralbank, immer wieder vorbringen. Sie wird ohnehin weit we-niger Spielraum haben als die Frank-furter Bundesbank.

Laut Winfried Münster kann sich der EU-Partner Deutschland „dem Willen der Mehrheit und insbesondere Frank-reichs“ nicht entziehen. Das dauernde Drohen mit der Selbstisolierung ist un-ter unseren Landsleuten nicht werbe-wirksam. Münster: „Dieses Land muß mitmachen in der EU, was immer sie will.“ Soso.

Ja, und nun noch Münsters Schluß-satz: „Geniale Diplomatie könnte die Franzosen vielleicht dazu bewegen, von sich (aus?) um Verschiebung zu bi-ten. Die Deutschen mit ihrer über-mächtigen Mark dürfen dies nicht.“

Kann sein, es gibt wichtigere Dinge als den Euro. Was aber die Zukunft der D-Mark betrifft, so haben unsere Bon-ner Künstler die „schlimmsten Befürchtungen“ (FAZ) wahr gemacht. Ei-nes „Kräftemessens“ bedarf es nicht mehr. Der Verlierer jedenfalls steht fest.



**Bundesbankchef Tietmeyer**  
Geordnete Verschiebung

finger, Wirtschaftsprofessor an der Universität Würzburg und einer der heftigsten Befürworter der neuen Währung. Schließlich sei die Inflation in Europa schon jetzt so niedrig wie seit Ewigkeiten nicht mehr; selbst der einst so laxe „Club Méditerranée“ der südeuropäischen Staaten habe seine Währungen stabilisiert.

Mit Preissteigerungsraten von zwei bis drei Prozent seien Lira, Escudo und Peseta reif für den Euro. „Vor zehn Jahren“, sagt Rüdiger Pohl, Leiter des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, „wäre ein solches Maß an Geldwertstabilität in Europa noch völlig undenkbar gewesen.“

Letztlich entscheidend, das glaubt Pohl, ist aber die Geldpolitik der künftigen europäischen Zentralbank. Zumindest anfangs wird sie unter dem Druck der internationalen Finanzmärkte stehen. Da Kandidaten wie Spanien oder Italien mit hoher Wahrscheinlichkeit dabei sein werden, deren Stabilitätsanstrengungen gerade erst vor zwei Jahren begonnen haben, werden die Märkte eine Risikoprämie vom Euro verlangen.

Je größer der Währungsraum wird, desto schwieriger wird es, einen gemeinsamen Nenner für die Geldpolitik zu finden. So wächst zum Beispiel Irlands Wirtschaft zur Zeit mit sieben Prozent. Um Inflationstendenzen zu bekämpfen, mußten die Iren die Zinsen hochsetzen, das irische Pfund gewann gegenüber der Mark an Wert.

Solche Ausgleichsmechanismen wird es bei einer gemeinsamen Währung nicht mehr geben. Die Zentralbank muß einen Kompromiß zwischen den Bedürfnissen

der Länder finden. Gäbe es den Euro schon, wäre der Euro-Zinssatz wohl für die Iren zu niedrig, während die Deutschen unter der Last einer angesichts der schwachen Wachstumskräfte unangemessen hohen Zinslast stöhnten.

Das hätte Folgen für die Stabilität. „Der Euro wird weicher als die Mark“, sagt Währungsexperte Thomas Mayer von der amerikanischen Investmentbank Goldman, Sachs. Die künftige Zentralbank werde Probleme bekommen, hohe Zinsen gegen den erklärten politischen Willen fast aller Teilnehmerstaaten durchzusetzen. Schließlich verkauften beispielsweise französische Politiker ihrem Volk den Euro damit, daß endlich das Zinsdiktat der Bundesbank gebrochen werden könne.

Wie schon Frankreichs konservativer Präsident Chirac will deshalb auch die neue sozialistische Regierung eine politische Institution als Gegengewicht zur europäischen Zentralbank etablieren. Die soll gegen einen starken Euro steuern und für eine EU-Beschäftigungspolitik sorgen.

Horst Siebert, Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, hält es dagegen für „in höchstem Maße problematisch“, dem Euro auch noch die Verantwortung für die Beschäftigungspolitik aufzubürden. Siebert sieht durch das Ansinnen aus Paris „den bisherigen Grundkonsens zwischen Frankreich und Deutschland in Gefahr, daß das Geld entpolitisiert sein soll“ – der Euro werde noch weicher.

Die Finanzmärkte reagierten bereits vorab. Seit verganginem November stieg der Dollar von 1,50 auf 1,72 Mark. Je wahrscheinlicher eine große Währungsunion wird, desto stärker wird die Mark unter Druck geraten. Wenn die Maastricht-Kriterien aufgeweicht werden, könne der Dollar bis auf 1,90 Mark steigen, analysiert die DG Bank.

Dies ist der wichtigste Grund, warum die exportierenden Großunternehmen ihre Hoffnungen in den Euro setzen – sie profitieren davon, wenn er relativ weich wird. An der Börse boomten in den vergangenen Monaten vor allem die exportstarken Unternehmen.

Betriebe, die ihre Produkte überwiegend im Inland absetzen, werden dagegen stärker unter Druck geraten. „Der Lohnkostennachteil der Bun-

desrepublik Deutschland wird überdeutlich werden“, warnt bereits Wolfgang Grüger, der Präsident des Bundesverbandes der Volks- und Raiffeisenbanken. Der Druck auf die inflexiblen Arbeitsmarktstrukturen werde drastisch zunehmen. Grüger: „Darf dies den deutschen Arbeitnehmern zugemutet werden?“

So wird die Frage nach einer Alternative immer lauter – und die könnte heißen: verschieben. Ökonomisch macht ein späterer Starttermin durchaus Sinn. Alle unsicheren Kandidaten bekämen nochmals etwas Luft, erneut ihren Sparwillen unter Beweis zu stellen.

Ökonomen wie der Wirtschaftsweiser Rolf Peffekoven halten einen Aufschub der Währungsunion unter bestimmten Voraussetzungen für machbar. Der Rückzug sollte „geregelt“ erfolgen. Den Finanzmärkten müsse, so Peffekoven, „glaubhaft klargemacht werden, daß man damit nicht generell von der Währungsunion abbrückt“. Und: Über den Aufschub dürfe nicht erst in allerletzter Minute entschieden werden.

Fatal wäre, wenn sich die Koalition erst im Frühjahr 1998 zu einer Verschiebung durchringen würde. Ein spätes Eingeständnis würde die Finanzwelt mächtig erschüttern: Das Vertrauen in den Euro wäre weg – wohl für immer, wie der britische Ökonom David Currie glaubt. In einer

## Unser Euro

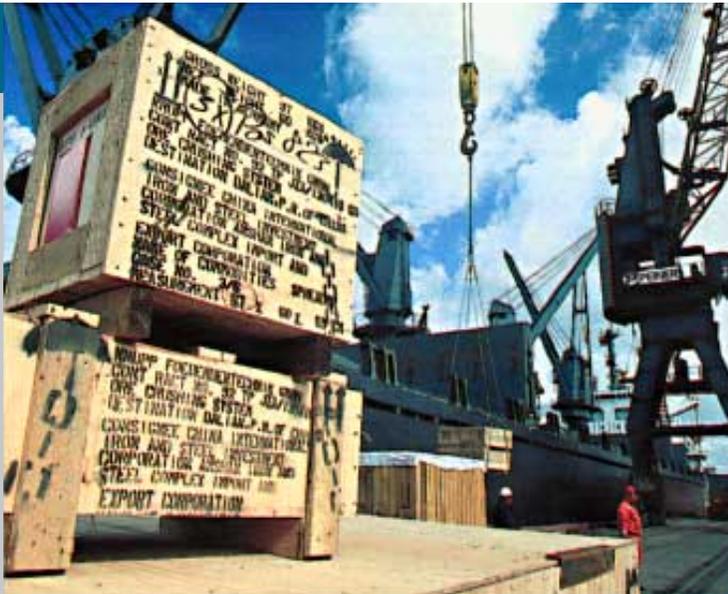
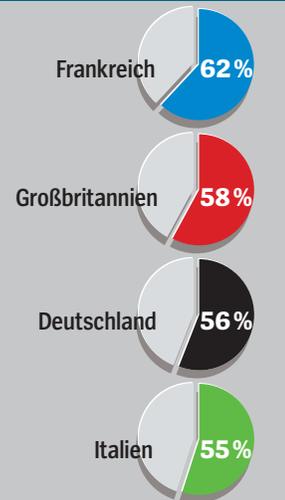
### Fahrplan zur Euro-Einführung

- 1997** ..... Rechtsvorschriften für die Einführung des Euro.  
Planung des künftigen währungspolitischen Instrumentariums.  
Vorstellung der Euro-Münzen.
- 1998** ..... Entscheidung über den Kreis der Teilnehmerstaaten.  
Errichtung der Europäischen Zentralbank.  
Die Herstellung von Euro-Banknoten und -Münzen beginnt.
- 1999** ..... Beginn der Währungsunion am 1. Januar: Die Umrechnungskurse für den Euro werden unwiderruflich festgelegt.
- bis 2002** ..... Beginn der einheitlichen Euro-Währungspolitik.  
Fremdwährungen werden erstmals in Euro konvertiert.  
Banken und Finanzsektor stellen auf den Euro um.  
Die jeweiligen Volkswirtschaften müssen für die Umstellung bereit sein.
- 2002** ..... Ausgabe der Euro-Banknoten und -Münzen.  
Ein halbes Jahr später verlieren die nationalen Banknoten und Münzen ihre Gültigkeit.



DER SPIEGEL

## Anteil der Exporte in EU-Partnerländer 1996



**Euro-Gewinner Exportindustrie:** Profit bei weicher Währung

neuen Studie über die Auswirkungen der Währungsunion beschrieb der Professor der London Business School jüngst vier Szenarien – und der ungeordnete Rückzug hätte die vielleicht schlimmsten Folgen.

Am Anfang dieses gar nicht so unrealistischen Gedankenspiels steht, 1997 oder 1998, ein Stimmungsumschwung in der deutschen Bevölkerung: Weil immer mehr Regierungen an den Defizitkriterien herumfummeln und sich mit Buchungstricks durchmogeln, glaubt Currie, schwindet unter den stabilitätsverwöhnten Deutschen vollends das Vertrauen in den Euro. Gleichzeitig drängt Bonn – weil sonst eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht droht – auf eine enge Auslegung der Maastricht-Kriterien.

Es kommt zum Streit unter den Mitgliedsländern und schließlich zum Bruch – weil die meisten keine Mini-Währungsunion wollen. So wird der Euro hektisch auf unbestimmte Zeit verschoben und schließlich „ganz beerdigt“.

Es würde ein Begräbnis zweiter Klasse: Der Trend zur Rezession in vielen Ländern könnte sich weiter verstärken, glaubt Currie. Vor allem dort, wo die Staatsschulden nach wie vor relativ hoch sind. Kapital fließt massiv ab, die Wechselkurse verfallen. Und um dem entgegenzuwirken, bliebe nur eine Wahl: Zinsen rauf.

Doch diese vermeintliche Rettungsmaßnahme setze, so die britische Studie, einen „gefährlichen Kreislauf“ in Gang – mit immer höheren Zinsen, immer höheren Defiziten, immer mehr Arbeitslosigkeit.

Weil aber nicht alle Länder in gleichem Maße davon betroffen sind, schwanken die Wechselkurse in Europa immer häufiger und heftiger, die Verwerfungen im Binnenmarkt wachsen. Schließlich schotten sich die Staaten wieder ab – nichts wird aus der anstehenden Liberalisierung der Märk-

te für Telekommunikation, Energie und Luftfahrt.

Die Gemeinschaft werde wie gelähmt sein, glaubt Currie, und diese Lähmung werde schlimmer sein als die „Eurosklero- se“ in den achtziger Jahren: „Die Alte Welt zergeht an ihrer Altersschwäche.“

Vielleicht ist diese finstere Sicht von der britischen Insel für den Kontinent etwas exzentrisch. Doch gewiß befindet sich die Bonner Regierung mit ihrem unrealistischen Euro-Programm, eiserne Stabilität und termingerechte Einführung auf einmal zu versprechen, auf dem Weg in eine gefährliche Falle.

Finanzminister Waigel kämpft gegen immer neue Milliarden-Defizite – und darf weder die Steuern erhöhen noch in ausreichendem Maße sparen. Das eine blockiert der auf Steuersenkungen festgelegte Koalitionspartner FDP, das andere die Union oder der SPD-dominierte Bundesrat. Also muß Kohls Finanzjongleur wohl noch mehr neue Schulden machen als bisher geplant – also dem weichen Euro den Weg bereiten.

So wird er 1997 die Maastricht-Kriterien für eine stabile Währung in der EU nicht erfüllen können, wie die internationale Wirtschaftsorganisation OECD gerade vergangene Woche vorhersagte. Deutschland ist dabei in bester Gesellschaft mit seinem französischen Partner – und Italien.

Besonders die Koalitions-Liberalen haben ihre Argumentation deshalb schon schnell gewechselt: 3,3 Prozent sind für FDP-Chef Wolfgang Gerhardt nun „ganz schön“. „Perverse Züge“ habe Waigels Beharrlichkeit, schimpft FDP-Europapolitiker Helmut Haussmann. Aber der CSU-Chef darf und kann gar nicht anders.

Waigel ist fest im Griff seiner weißblauen Parteifreunde, die der bayerische Landesherr Edmund Stoiber um sich schart. Der Ministerpräsident diktiert dem Vorsit-

zenden in Bonn deutlich die Vorgaben: Bei 3,0 Prozent Schulden ist Schluß. Sonst drohe nicht nur ein Nein aus Bayern. „Bei einer Überschreitung der Kriterien“, warnt Waigels Rivale um die Macht in der CSU, werde „letzten Endes das Bundesverfassungsgericht die Entscheidung treffen“.

Auch Stoiber sei immer nur „ein Gejagter“, tröstete sich Waigel in kleinem Freundeskreis. Der Münchner Regierungschef sei voller Sorge, daß eine stärkere Konkurrenz der freien Wählergruppen ihn bei der Landtagswahl im kommenden Jahr die absolute Mehrheit kosten könnte. Das gefährliche Thema der kleinen Konkurrenten: Tausch der heldenhaften harten D-Mark gegen den pflaumenweichen Euro.

Doch während die Wahlaussage der Union weiter eine harte Währung für Europa verspricht, hat sich selbst der Bundeskanzler intern schon auf den weichen Weg begeben.

In einer vertraulichen Runde der konservativen EU-Regierungschefs am vergangenen Dienstag in Luxemburg zeigte sich Helmut Kohl plötzlich sehr großzügig in Sachen Stabilitätskriterien. Frankreich werde in diesem Jahr mit 3,5 bis 3,6 Prozent Neuverschuldung keineswegs den Maastricht-Maßstab verfehlen, meinte der Kanzler, Paris liege damit nahe genug am Referenzwert des Vertrages von drei Prozent.

Wie schön für Deutschland, meinten daraufhin Kohls Kollegen: Dann könne das Land der D-Mark ja auch mit Waigels neuer Neuverschuldung von 3,2 Prozent mühelos in den Euro-Klub eintreten.



**Arbeitnehmer (in Stuttgart):** Überdeutlich wird